



Jahresbericht Togo 2011

Mit großer Sorge verfolgt Amnesty International den Gerichtsprozess gegen zwei Halbbrüder des Präsidenten Faure Gnassingbé und dreißig andere Personen. Sie befinden sich bereits seit April 2009 in Haft, da ihnen die Gefährdung der Staatssicherheit vorgeworfen wird. Seit dem 6. September 2011 wird ihnen nun der Prozess gemacht. Amnesty International befürchtet, dass der Oberste Gerichtshof sein Urteil auf Grundlage „erfolterter“ Geständnisse treffen könnte. Die meisten Angeklagten gaben an, dass sie in der Haft immer wieder von Sicherheitskräften gefoltert worden seien. Sie berichteten von Schlafentzug durch andauernden Lärm, Isolationshaft in dunklen Zellen sowie fehlende Versorgung mit Nahrung und Medikamenten. Durch massive Schläge auf die Ohren hatten einige Häftlinge außerdem einen Hörsturz erlitten. Auch von Scheinhinrichtungen wurde berichtet.

Richter und Staatsanwälte zeigten sich von den Folterspuren der Häftlinge unbeeindruckt. Amnesty International fordert die Justiz Togos zunächst auf, „erfolterte“ Geständnisse nicht als Beweismittel anzusehen. Darüber hinaus müssen die geschilderten Fälle aufgeklärt und die Täter vor Gericht gestellt werden. Den Folteropfern muss eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

Togo hat sowohl die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen (CAT) und das entsprechende Zusatzprotokoll (OP-CAT) unterzeichnet.